

NACH- GEFRAGT

Monika Knill
Regierungsrätin, Chefin
Erziehungsdepartement



«Der Titel der Initiative ist ein verfänglicher Köder»

Die freie Schulwahl ist ein liberales Anliegen. Warum ist die bürgerliche Regierung so dezidiert dagegen?

Monika Knill: Der Titel der Initiative ist ein verfänglicher Köder, wenn man die Konsequenzen dieser Volksinitiative betrachtet. Sie würde dazu führen, dass wir bewährte Grundsätze wie das Wohnortprinzip für die Schulen aufgeben müssten. Es käme zu häufigen Schulwechseln, und viele Schulen könnten nicht mehr planen.

Die Initianten gehen davon aus, dass nur wenige Schüler in eine andere Schule wechseln würden.

Mittel- und langfristig kann es sehr wohl zu Wechseln kommen. Die Erfahrungen im Ausland zeigen, dass die Unterschiede zwischen den Schulen grösser werden und die Integration leidet. Denn es wechseln primär Schüler, deren Eltern sich das leisten können. Für mich geht es aber auch um den Grundsatz, ob man die Schule dieser Art von Wettbewerb unterziehen kann. Es sprechen viele Gründe dagegen, staatspolitische, pädagogische und finanzielle.

Mehr Wettbewerb zwischen den Schulen könnte Qualität und Leistungen verbessern.

Eine positive Wirkung auf die Qualität der Schulen ist nicht erwiesen. Die freie Schulwahl dient viel eher dazu, die Bedürfnisse einzelner Eltern abzudecken, die eine spezielle Schule vorziehen. Man darf auch nicht vergessen, dass die staatlichen Schulen heute schon im Wettbewerb stehen. Jede Schule legt Wert auf gute Lehrer und optimale Strukturen. Für eine Gemeinde ist eine gute Schule ein Standortvorteil.

Da sind die Landgemeinden mit ihren tiefen Schülerzahlen im Nachteil.

Genau sie würden die Folgen der freien Schulwahl am stärksten spüren. Die Volksinitiative könnte dazu führen, dass noch mehr Kinder Schulen in grösseren Gemeinden besuchen. Die Schulen in Landgemeinden müssten Klassen zusammenlegen oder sogar Schulhäuser schliessen. INTERVIEW: MARC HALTNER

Die Entlastung muss anderer Art sein

TZ
13.1.

«Lehrer fordern weniger Lektionen»,
TZ vom 11. Januar

Landauf, landab ertönt die Forderung nach Stundenentlastung der Lehrkräfte. Sie ist die falsche Antwort auf eine problematische Erziehungspolitik. Diese Fehlentwicklung hat im Kanton Zürich bereits ein alarmierendes Ausmass erreicht. In unserem Kanton geht der Trend in eine ähnliche Richtung, wenn man sich auch hierzulande mit Veränderungen mehr Zeit lässt.

Wer einfach nach einer Stundenentlastung ruft, verkennet die wunden Punkte einer fragwürdigen Schulpolitik:

– Die Lehrkräfte werden heute zunehmend mit unterrichtsfremden Aufgaben belastet, herrührend vom Personal aufgeplusterter Schulämter, die beschäftigt sein wollen.

– Den Lehrkräften wird zugemutet, in ein und derselben Klasse Schüler von ganz unterschiedlichen Lernvoraussetzungen individuell zu fördern.

– Weil dies durch eine einzige Person nicht möglich ist, werden zusätzliche, mehr oder weniger geeignete Hilfskräfte eingesetzt, die sich über viele Stunden gegenseitig absprechen müssen, was sie zu tun gedenken.

– Je unbefriedigender die Lernvoraussetzungen sowohl für aufgeweckte als

auch für lernschwache Kinder sind, desto lauter tönt der Ruf von Eltern nach freier Schulwahl.

Die Lehrer könnten ohne Stundenreduktion wirksam entlastet werden, wenn man den Personalbestand der Schulämter halbiert, die Durchmischung der Klassen mit lernbehinderten, fremdsprachigen und verhaltensauffälligen Kinder endlich aufgibt und den Lehrkräften in Klassen mit überschaubaren Unterrichtsaufträgen wieder die volle Verantwortung zugeht. Dann sind ihnen ein paar Überstunden auch nicht zu viel.

Peter Schmid, Frauenfeld